

„Solidarisch aus der Krise“



Beschlossene Anträge der Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord in Eschwege

Samstag, 4.09.2021 ab 10.30 Uhr:
Stadthalle Eschwege



ANTRAGSSPIEGEL

Beschlossene Anträge der Bezirkskonferenz

AH Auswärtige Angelegenheiten und Humanität

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| AH 1 | Sonderstatus für sog. Ortskräfte
bei Auslandseinsätzen | Bezirksvorstand |
| AH 2 | Für eine humane Seenotrettung von
Seiten des Staates | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

G Gesundheit

- | | | |
|-----|--|--------------------------------|
| G 1 | Ärztliche Versorgung für Schwanger-
schaftsabbrüche sicherstellen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| G 2 | Spielen ist für alle wichtig- inklusive
Spielplätze schaffen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

D Digitales und Datenschutz

- | | | |
|-----|---|--------------------------------|
| D 1 | Datengerechtigkeit nicht für Unternehmen,
sondern für die Menschen | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
| D 2 | Digital begleitete Lehre-
für eine inklusive Hochschule | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |

RI Rechts- und Innenpolitik

- | | | |
|------|---|---------------------------|
| RI 1 | Genoss*innen effektiver vor rechten
Einschüchterungsversuchen schützen | Unterbezirk Kassel-Stadt |
| RI 3 | Kommunalwahlen ab 16!
Jugendbeteiligung steigern! | Unterbezirk Werra-Meißner |

I Initiativanträge

- | | | |
|-----|---|------------------------------------|
| I 1 | Digitale Anmeldeformulare-
der nächste Schritt zur modernen Büroarbeit | Ausreichende Anzahl an Delegierten |
|-----|---|------------------------------------|

An Bezirksvorstand überwiesen

- | | | |
|------|---|--------------------------------|
| RI 2 | Keine Steuervorteile für Feinde unserer
Demokratie | Unterbezirk Marburg-Biedenkopf |
|------|---|--------------------------------|

Beschlossene Anträge der Bezirkskonferenz

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Zweite Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: AH 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag

Betr.: Sonderstatus für sog. Ortskräfte bei Auslandseinsätzen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass den in Afghanistan verbliebenen
4 Ortskräften und ihren Familien schnellstmöglich eine sichere Ausreise aus Afghanistan
5 ermöglicht wird. Auch über zivile Flüge vom Hamid Karzai Flughafen in Kabul.

6
7 Die SPD soll sich darüber hinaus für eine dauerhafte Lösung für Ortskräfte bei allen
8 Auslandseinsätzen stark machen und dafür sorgen, dass die Bundesrepublik Deutschland die
9 Nachsorge für Ortskräfte als gesicherten Teil der Exitstrategien für Auslandseinsätze einplant.

10
11 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass der bisher von den zuständigen
12 Ministerien definierte Personenkreis der Ortskräfte auf Personen ausgeweitet wird, deren
13 Tätigkeit für die Bundeswehr länger als zwei Jahre zurückliegt. Außerdem sollen auch
14 Ortskräfte, die für Subunternehmen gearbeitet haben, in diesen Personenkreis aufgenommen
15 werden.

16
17 Die SPD-Bundestagsfraktion soll den Kreis der „akut schützenswerten Personen“ auf
18 Künstler*innen, Journalist*innen, LGBTIQ+ Personen, afghanische Mitarbeiter*innen von NGOs
19 und Institutionen der Regierung und auf weitere von den Taliban als „Verräter*innen“
20 gebrandmarkten und gefährdeten Gruppen erweitern.

21
22 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass mittelfristig sichere Fluchtrouten
23 nach Europa eingerichtet werden. Jeder Person, die das Recht auf ein Asylfahren hat, soll auch
24 ermöglicht werden, nach Deutschland einzureisen.

25
26 Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die Nachbarstaaten von
27 Afghanistan finanziell ausreichend ausgestattet werden, um ein würdevolles Leben mit
28 ausreichender Versorgung alltäglicher Dinge zu ermöglichen. Situationen größter humanitärer
29 Krisen, wie auf Moria, sollen um jeden Preis verhindert werden.

30
31 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass grundsätzlich mehr Geflüchtete aus Afghanistan nach
32 Deutschland einreisen dürfen. Die Kapazitäten und die Bereitschaft der Bevölkerung existieren.

33
34 Die SPD soll Abschiebungen nach Afghanistan - jeglicher Form - kategorisch ausschließen,
35 solange die Taliban die Machthaber des Landes sind.

36
37
38 **Begründung:**

39 Vorab: Als sozialistischer Jugendverband fühlen wir uns als Jusos dem Frieden verpflichtet.
40 Internationale Konflikte sollen mit Dialog und Diplomatie bewältigt werden, internationale
41 Partnerschaften zwischen Staaten sollen zu einem friedlichen Miteinander beitragen.

42

43 Seit mehreren Jahren arbeiten Afghanische Mitarbeiter*innen als sogenannte Ortskräfte für die
44 Bundeswehr in Afghanistan. Sie sind überwiegend als Übersetzer*innen oder ortskundige
45 Helfer*innen tätig. Deutschland hat sich mit dem Versprechen nach Stabilität in Afghanistan
46 engagiert. Dieses Versprechen war der Grund für den Einsatz und seine mehrmalige
47 Verlängerung. Gerade dieses Versprechen wurde auch den Afghanen, insbesondere den
48 Mitarbeiter*innen im Auftrag der Bundeswehr, immer wieder gegeben.

49
50 Durch den beschlossenen, schrittweisen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist allerdings
51 ein großes Problem für diese Menschen entstanden. Angesichts des Abzugs aus Afghanistan
52 und der ungeklärten (Sicherheits-) Lage dieser Mitarbeiter*innen und ihrer Familien, fühlen
53 diese sich im Stich gelassen. Während die Taliban immer stärker werden, steigt die Angst vor
54 einer Vergeltung für diese als „Verräter*innen“ gebrandmarkten afghanischen Mitarbeiter*innen.

55
56 Auch wenn Innenminister Seehofer angekündigt hatte, dass ein Kontingent von 1500
57 Ortskräften aus Afghanistan eine Einreise nach Deutschland ermöglicht werden soll, herrscht
58 große Verwirrung darüber, wie dieses Verfahren vonstattengehen soll und an welche Stellen
59 sich Betroffene wenden können. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob das festgelegte
60 Kontingent überhaupt ausreichend ist, um alle Ortskräfte in Sicherheit nach Deutschland zu
61 bringen. Nach über 35 Flügen aus Kabul wurden 5347 Menschen ausgeflogen, darunter gerade
62 mal 138 Ortskräfte. Nun soll die Evakuierung auf dem Landweg vonstattengehen – Aber auch
63 hier gibt es noch keine genauere Planung.

64
65 Die Mitarbeiter*innen waren die Augen und Ohren der Bundeswehr, waren als
66 Übersetzer*innen tätig und haben Stimmungsschwankungen in der Bevölkerung weiter-
67 gegeben. Ohne diese Mitarbeiter*innen wäre der Bundeswehreinsatz in Afghanistan so nicht
68 möglich gewesen. Deutschland ist ihnen schuldig, das gegebene Versprechen zu erfüllen: „Wir
69 lassen euch nicht zurück!“ sollte die Botschaft an diese Mitarbeiter*innen sein.

70
71 Und dies sollte als Recht festgehalten werden. Denn hier spielt sich ein Präzedenzfall für
72 weitere Auslandseinsätze ab. Wenn über Einsätze in Mali, Somalia oder ähnliche Länder
73 gesprochen wird, dann muss klar sein, dass die Bevölkerung und insbesondere die
74 Unterstützer*innen nicht zu Schaden kommen dürfen. Wir müssen daher - ganz unabhängig wie
75 Bundeswehreinsätze prinzipiell bewertet werden - jetzt festhalten, dass alle Ortskräfte auch
76 nach den Einsätzen in Sicherheit leben können. Die von Innenminister Seehofer kurzfristig
77 eingerichtete Lösung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, da sie die viel zu knappe
78 „Zwei Jahres Frist“ für Anträge auf Ausreise nach Deutschland fallen gelassen hat. Dennoch ist
79 sie weiterhin nicht praktikabel, da Ortskräfte nicht proaktiv kontaktiert und ausgeflogen werden,
80 sondern selbst für ihre Ausreise sorgen müssen und nicht selten den Ausreiseweg über
81 Pakistan beschreiten müssen. Doch selbst wenn es die Mitarbeiter*innen schaffen, Flüge nach
82 Deutschland zu buchen, ist bereits der Weg zum Flughafen in Kabul nicht nur eine große
83 Herausforderung, sondern auch lebensgefährlich. Die Anschläge am Kabuler Flughafen haben
84 sowohl die prekären Zustände am Flughafen verdeutlicht, als auch die dringende Notwendigkeit
85 einer schnellen unbürokratischen Lösung zur Evakuierung der Ortskräfte.

86
87 Es ist akut notwendig, dass diese Ortskräfte im Abzugsfall sofort ausgeflogen werden, denn es
88 droht, dass diese Mitarbeiter*innen aufgrund der unzureichenden und unpraktischen Lösung mit
89 Leib und Leben bezahlen. (Zitat: „Einen Dolmetscher zu töten ist für die Taliban noch wertvoller
90 als einen Soldaten umzubringen“ ProAsyl) Eine langfristige Lösung mit dem Ziel Ortskräfte und
91 ihre Familien großzügig und wenig bürokratisch aufzunehmen, ist notwendig. Darin enthalten
92 müssen unbedingt auch Mitarbeiter*innen sein, die für Subunternehmen im Auftrag der
93 Bundeswehr gearbeitet haben.

94
95 Quellen:
96 [https://www.dw.com/de/kritik-an-hohen-hürden-für-aufnahme-afghanischer-ortskräfte/a-](https://www.dw.com/de/kritik-an-hohen-hürden-für-aufnahme-afghanischer-ortskräfte/a-58065551)
97 [58065551](https://www.dw.com/de/kritik-an-hohen-hürden-für-aufnahme-afghanischer-ortskräfte/a-58065551) (Deutsche Welle)

98

99 [https://open.spotify.com/episode/7wBaM8Jed7m9b0FkDvXpBb?si=baN6VyvxSxOir2E-](https://open.spotify.com/episode/7wBaM8Jed7m9b0FkDvXpBb?si=baN6VyvxSxOir2E-QDxhrUg&context=spotify%3Ashow%3A7vFmyZR3rDf61V69UpRXbA&dl_branch=1)
100 [QDxhrUg&context=spotify%3Ashow%3A7vFmyZR3rDf61V69UpRXbA&dl_branch=1](https://open.spotify.com/episode/7wBaM8Jed7m9b0FkDvXpBb?si=baN6VyvxSxOir2E-QDxhrUg&context=spotify%3Ashow%3A7vFmyZR3rDf61V69UpRXbA&dl_branch=1) (Podcast
101 der Süddeutschen Zeitung)
102
103 <https://www.proasyl.de/news/die-taliban-vergessen-nichts-sie-werden-sich-raechen/>
104
105 <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/ortskraefte-afghanistan-111.html>
106
107 <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan/anschlag-kabul-167.html>
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117 angenommen
118 abgelehnt
119 überwiesen an
120

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle

Antrag: AH 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Für eine humane Seenotrettung von Seiten des Staates

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir wollen, dass sich die SPD für eine schlüssige, einheitliche und humanitäre Flüchtlingspolitik
4 einsetzt. An der momentanen Flüchtlingspolitik gibt es zu viele Baustellen: Der Flüchtlingspakt
5 mit der Türkei, die inhumanen Flüchtlingslager an den Außengrenzen der EU, sowie die
6 Sammelunterkünfte in Deutschland, bei denen auch während der Corona Krise die schlechte
7 hygienische Situation noch einmal deutlich wurde. Vor allem aber die Tatsache, dass Menschen
8 im Mittelmeer ertrinken, während die EU libysche Küstenschiffe unterstützt und das Auslaufen
9 von privaten Seenotrettern verhindert.

10 Um dem Ziel einer einheitlichen, humanen und der SPD-gerechten Flüchtlingspolitik näher zu
11 kommen, stellen wir folgende Forderungen auf:

- 12
- 13 • Die SPD sollte sich sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene
14 bewusst und aktiv für die Hilfe von Menschen in Seenot einsetzen. Dabei sollte sich die
15 SPD, auch in ihrer Rolle in der S&D Fraktion, langfristig für die Wiedereinführung einer
16 Seenotrettungsmission einsetzen. Vorübergehend muss insbesondere auf die Mission
17 Irini eingewirkt werden, die auch humanitären Ansprüchen genügen soll, und die
18 Zusammenarbeit mit Libyen in der Flüchtlingsthematik muss sofort beendet werden.
 - 19
 - 20 • Ebenfalls als vorübergehende Lösung sollte sich die SPD in Deutschland in allen
21 Parlamenten, in denen sie vertreten ist, für die Unterstützung ziviler Seenotretter
22 einsetzen, und für die Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen arbeiten. Dazu zählt
23 die Aufnahme aller Geflüchteter, die von Booten unter deutscher Flagge gerettet
24 werden, sowie die finanzielle Unterstützung ziviler Seenotretter. Die SPD muss sich
25 auch dafür stark machen, dass Boote, die humanitäre Missionen unternehmen, nicht den
26 Ansprüchen der Berufsschiffahrt genügen müssen.
- 27
28

29 **Begründung:**

30 Es sterben regelmäßig Menschen auf dem Mittelmeer. Laut Schätzungen der UN sind seit 2014
31 19.525 Menschen auf der Mittelmeerroute gestorben oder gelten als vermisst (Stand
32 07.08.2020). Als SPD sollten wir uns für die menschenwürdige Behandlung aller Menschen
33 einsetzen, unabhängig davon, in welchem Land Menschen geboren sind. Die Tatsache, dass
34 Menschen regelmäßig auf dem Mittelmeer ertrinken, weil sie keine andere Möglichkeit sehen,
35 sich und ihre Familie zu retten, ist ein Armutszeugnis für Europa. Die SPD sollte deswegen alle
36 ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diesem Leiden soweit wie möglich ein Ende zu
37 setzen.

38 Die momentane europäische Mittelmeermission, Irini, die aktiv Routen von Geflüchteten
39 vermeidet ist keine Alternative für ein starkes und humanes Europa. Das Seerecht verlangt,
40 Ertrinkende zu retten. Die Tatsache, dass die Routen der Mission Irini so gelegt sind, dass sie
41 Flüchtlingen in Seenot soweit möglich aus dem Weg geht sendet ein starkes Signal:

42 Menschenleben werden nicht als Schwerpunkt gesetzt. Deswegen ist es insbesondere
43 verwerflich, dass die Mission Irini ihre Routen bewusst legt und verändert, um Flüchtenden
44 auszuweichen.

45 Es sei erwähnt, dass das Argument der Pull Faktoren, also, dass Menschen diese äußerst
46 gefährliche Route auf Grund von „Willkommenskultur“ oder auf Grund von
47 Seenotrettungsmissionen angehen, widerlegt ist. Menschen fliehen nicht auf unsicheren
48 Booten, in der Hoffnung auf dem Meer vor dem Ertrinken gerettet zu werden. Menschen fliehen,
49 weil dies trotz der Gefahren als bessere Alternative erscheint. So belegen Studien, dass die
50 Präsenz zivilgesellschaftlicher Seenotretter die Zahl derer, die auf der Mittelmeerroute aus
51 Libyen fliehen, nicht ernsthaft erhöht hat.

52 Die Zusammenarbeit mit Libyen in der Flüchtlingsthematik muss sofort beendet werden. In
53 libyschen Flüchtlingslagern herrschen inhumane Bedingungen vor, und die libysche
54 Küstenwache ist ebenfalls für menschenverachtende Praktiken bekannt. Das darf die EU, und
55 insbesondere die S&D Fraktion nicht weiterhin dulden oder gar unterstützen.

56 Bis es wieder eine europäische Mission gibt, muss sich die SPD dafür einsetzen, dass die
57 zivilen Seenotrettungsorganisationen, die versuchen Flüchtlinge in Notsituationen zu retten,
58 soweit wie möglich unterstützt werden. Als Sozialdemokratinnen* und Sozialdemokraten
59 erkennen wir den Einsatz bei Seenotrettungsmissionen als außerordentlich bedeutsame Tat für
60 die Zivilgesellschaft und die humanitären Werte der EU an.

61 Diese gilt es zu unterstützen, solange eine europäische humanitäre Seenotrettungsmission
62 nicht stattfindet. Die hier aufgeführten Maßnahmen sind deshalb als Überbrückung zu
63 verstehen, um schneller auf ein europäisches, wenn nicht deutsches, Seenotrettungsprogramm
64 hinzuwirken.

65 Sportboote, die zielgerichtet im Bereich des Umweltschutzes, der Seenotrettung, inklusive
66 Beobachtungsmissionen, oder anderer humanitärer Zwecke eingesetzt werden, nicht dem
67 Standard eines Berufsschiffs genügen müssen. Das bedeutet auch, dass eine
68 Berufsschiffahrtlizenz als Kapitän*in für das Fahren eines Sportboots für einen dieser Zwecke
69 nicht notwendig ist. Zudem sollte der Bund den Ausfall des Gehalts der sich im Einsatz
70 befindenden Kräfte übernehmen, sowie den Ausfall der Arbeitskraft bei Arbeitgeber*innen
71 finanziell decken. Weiter sollte der Bund die aufkommenden Gerichtskosten der
72 Seenotrettungsorganisationen, die unter deutscher Flagge fahren oder die in Deutschland
73 lebenden Personen betreffen, übernehmen, sollte ein Staat Klage gegen die Organisationen
74 oder beteiligten Personen erheben.

75 Zudem soll sich die SPD dafür einsetzen, dass Menschen, die einen langen Fluchtweg, und
76 undenkbare Umstände auf dem Mittelmeer auf sich genommen haben, eine realistische
77 Bleibeperspektive erhalten. Flüchtlinge, die von zivilen Seenotrettern unter deutscher Flagge
78 gerettet werden, sollten deswegen in Deutschland aufgenommen werden. Momentan fahren
79 folgende Schiffe unter deutscher Flagge:

- 80 • Die Seawatch3, welche seit dem 05.12.2029 fährt, und seit 2017 3000
- 81 Menschenleben gerettet hat
- 82 • Mission Lifeline e.V., ein 2016 gegründeter Verein, von dem bisher mehr als
- 83 1000 Menschen gerettet wurden
- 84 • Die Alan Kurdi des Sea Eye e.V., welche seit Beginn ihres Einsatzes im Sommer
- 85 2019 443 Menschen gerettet hat

86
87 Wenn die Geretteten dieser Boote in Deutschland unter den Städten und Kreisen, welche sich
88 als sicherer Hafen erklärt haben, verteilt werden würden, müsste jeder sichere Hafen insgesamt
89 lediglich 23 Menschen aufnehmen. Dies würde keinen übermäßigen Druck auf Deutschland
90 ausüben, und bis zur Vereinbarung eines weiter reichenden inner-europäischen
91 Verteilungsschlüssels könnte es eine gute Übergangslösung darstellen.

92 Erwähnenswert ist an dieser Stelle auch, dass eine Mehrheit der Deutschen hinter ziviler
93 Seenotrettung steht, gerade deswegen sollten diese Forderungen verstärkt auf die
94 Tagesordnung gesetzt werden. Dies ergab eine Befragung der ARD. In der gleichen Befragung
95 gab die Mehrheit an, dass die Entscheidung der EU, Seenotrettung auszusetzen die falsche
96 gewesen sei. Diese Maßnahmen sehen wir als unabdingbar, um den humanitären Zielen der
97 SPD gerecht zu werden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Zweite Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: G 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Ärztliche Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche sicherstellen

- 1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:
2
3 Die ärztliche Versorgung im Bereich Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland variiert
4 regional, und ist in Teilen Deutschlands nur unzureichend sichergestellt. Deswegen fordern wir:
5 Die Einrichtung einer bundesweiten Monitoring Stelle, bei der Ärzt*innen, die
6 Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, systematisch erfasst werden. Wichtig ist dabei vor
7 allem, dass auch die Arte der durchgeführten Abbrüche (medikamentös/ Instrumentell)
8 dokumentiert werden, um schwangeren Personen ausreichend Wahlmöglichkeiten bei
9 Schwangerschaftsabbrüchen zu geben.
10 Gleichzeitig ermöglicht dies auch den Bundesländern, ihrer Verantwortung für ausreichende
11 Versorgung mit medizinischen Eingriffen zu gewährleisten, nachzukommen. Deswegen sollen
12 gleichzeitig bundesweit gültige Kriterien entwickelt werden, in denen erfasst wird, wie viele
13 Ärzt*innen für einen festzulegenden Radius Schwangerschaftsabbrüche durchführen können
14 müssen.
15 Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass für Ärzt*innen die im Rahmen der Monitoring
16 Stelle erfasst werden, keine negativen Konsequenzen folgen (beispielsweise durch
17 Bedrohungen, Gehaltsverlust auf Grund von Gegner*innen von Schwangerschaftsabbrüchen).
18
19
20 **Begründung:**
21 Erfolgt mündlich
22
23
24
25 angenommen
26 abgelehnt
27 überwiesen an
28

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: G 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Spielen ist für alle wichtig – inklusive Spielplätze schaffen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die Einrichtung von barrierefreien Spielplätzen sowie die bauliche Veränderung bereits
4 bestehender Spielplätze, um Barrieren abzubauen. Selbstverständlich darf dies nur mit
5 Beteiligung von Betroffenen geschehen.

6
7
8 **Begründung:**

9 Spielen ist essentiell für die Entwicklung von Kindern, Spielplätze bieten hierfür vielfältige
10 Geräte und Möglichkeiten. Außerdem sind Spielplätze ein wichtiger Ort zum Freundschaften
11 schließen, sowie zur kognitiven und physischen Entwicklung. Behinderte Menschen werden
12 durch nicht inklusive Spielplätze von diesen wichtigen Erfahrungen ausgeschlossen.
13 Die wenigsten Spielplätze ermöglichen Erwachsenen oder Kindern mit Behinderung eine
14 Teilhabe. Darüber hinaus wird Kindern mit und ohne Behinderung dadurch die Möglichkeit des
15 gegenseitigen Kennenlernens genommen und zur gesamtgesellschaftlichen Exklusion von
16 Menschen mit Behinderung beigetragen. Gemeinsames Spielen kann ein wichtiger
17 Transformator zu einer inklusiven Gesellschaft sein, der leider bisher kaum genutzt wird.
18 Dabei können selbst bestehende Spielplätze zumindest teilweise umgestaltet werden, um mehr
19 Barrierefreiheit zu schaffen.

20 Folgende Punkte wären beispielsweise leicht umsetzbar und ein erster Schritt zu inklusiveren
21 Spielplätzen:

- 22 -Die Bepflasterung von Wegen, um sie mit Rollstühlen oder Rollatoren befahrbar oder
- 23 für Gehhilfen begehbar zu machen
- 24 -Leitliniensysteme für Menschen mit Sehbehinderung und blinde Menschen auch auf
- 25 Spielplätzen sowie eine Übersicht in Brailleschrift am Spielplatzeingang
- 26 -Halterungen an Sitzmöglichkeiten um den Ein- und Ausstieg aus einem Rollstuhl zu
- 27 ermöglichen
- 28 -Sitzmöglichkeiten an Sandkästen inklusive Halterungen
- 29 -Barrierefreie Spielgeräte, wie beispielsweise eine Rollstuhlschaukel, eine
- 30 Rollstuhlrippe oder eine Handschaukel

31
32 Weiterführende Informationen:

33 <https://behinderung.org/barrierefreie-spielplaetze.htm>

34 <https://nullbarriere.de/spielplatz-planung.htm>

35 <https://www.myhandicap.de/partnerschaft-behinderung/familie/kinder-handicap/barrierefreier-spielplatz/>

36
37
38
39

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Zweite Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	D 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
<u>Adressat:</u>	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
<u>Betr.:</u>	Datengerechtigkeit nicht für Unternehmen, sondern für die Menschen!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die SPD wird aufgefordert, die Datenökonomie nicht nur als eine technologische Innovation,
4 sondern vor allem auch als sozial-politische Herausforderung zu begreifen.

5 Die Datenökonomie zeichnet sich dadurch aus, dass vor allem personenbezogene Daten durch
6 vornehmlich globale Tech-Giganten aus den USA und Asien massenhaft ausgewertet werden,
7 um z.B. ausgiebige Profile von Nutzer*innen zu erstellen. Dies bedeutet nicht nur eine
8 Überwachung durch private Unternehmen in der Größenordnung staatlicher Geheimdienste,
9 dazu ohne politische Kontrolle und allein zum Zweck der Profitmaximierung. Dies bedeutet
10 auch, dass die Profite aus der Personalisierung, der Algorithmenerstellung, dem machine
11 learning/dem Anlernen einer KI, welche nur auf Basis der persönlichen Daten möglich sind,
12 allein den Unternehmen zufallen, während die Nutzer*innen keine Entlohnung für ihre Daten
13 und ihren signifikanten Anteil an der Wertschöpfung erhalten.

14 Besorgniserregend ist zugleich, wie durch Algorithmen zunehmend das Verhalten von
15 Menschen gesteuert wird.

16 Daher fordern wir:

- 17 • Konsequente Durchsetzung des Datenschutzes gegenüber großen Unternehmen.
18 Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass ausländische Unternehmen aus Ländern ohne
19 äquivalenten Datenschutz Wettbewerbsvorteile haben. Kleine und mittelständische
20 Unternehmen sowie staatliche Verwaltungen und Bildungseinrichtungen sowie Vereine
21 sind soweit möglich zu schonen, ohne die Geltung der Prinzipien der
22 Datenschutzgrundverordnung zu unterminieren.
- 23 • Entwicklung eines Rahmens, der die Beteiligung von privaten Nutzer*innen an den
24 Wertschöpfungsgewinnen aufgrund ihrer Daten ermöglicht.
- 25 • Einrichtung einer staatlichen Aufsicht, gegenüber der marktmächtige Unternehmen der
26 Datenökonomie ihre Algorithmen offenlegen und eine Zulassung für diese beantragen
27 müssen. Neben Internetunternehmen sollen auch insb. Auskunftseien ihre
28 Berechnungsmethoden offenlegen und eine Zulassung für diese beantragen müssen.
- 29 • Interoperabilität und Portabilität bei sozialen Netzwerken erzwingen.
- 30 • Das Bundeskartellamt befähigen, Missbrauch von Datenmacht frühzeitig zu unterbinden.
31 Der Erwerb von Daten im Zuge von Unternehmensfusionen muss bei der
32 wettbewerbsrechtlichen Fusionskontrolle mitberücksichtigt werden.
- 33 • Technische Privacy-by-design-Lösungen konsequent einfordern.
- 34 • Datenökonomische Wertschöpfung, die nicht monetär ist, besteuern.

35
36 Weiterhin ist zu prüfen, diejenigen digitalen Dienste, die quasi-infrastrukturellen Charakter für
37 große Bereiche des Internets haben (insb. marktdominante App-Stores, Suchmaschinen,
38 Internet-Werbedienste, soziale Netzwerke) unter stärkere öffentliche Kontrolle zu stellen.

39 Die SPD ist aufgefordert, eine sozialdemokratische Vision für eine sozial-gerechte und
40 demokratische Datenökonomie der Zukunft zu entwerfen. Datenökonomie geht auch anders!

41

42 **Begründung:**

43 Die sogenannte „Datenökonomie“ bezeichnet eine technologische sowie politische und soziale
44 Entwicklung, die seit den letzten 20 Jahren rapide die soziale und ökonomische Realität
45 verändert. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung stehen sowohl private als auch staatliche
46 Praktiken, um gigantische Datenmengen über nahezu alle Menschen zu sammeln und
47 auszuwerten („Big Data“). Ökonomisch betrachtet handelt es sich um den Siegeszug von
48 Geschäftsmodellen, bei denen auf Basis von vorwiegend persönlichen Daten ein Mehrwert
49 generiert wird. Die Vergangenheit hat dabei immer wieder das ebenfalls gigantische
50 Missbrauchspotential dieser Möglichkeiten aufgezeigt, so im NSA-Skandal oder Cambridge
51 Analytica.

52 Doch auch fernab dieser Skandale muss die Politik die Datenökonomie als eine politische
53 Herausforderung verstehen, denn sie schafft Gewinner*innen und Verlierer*innen.
54 Zum einen werden die Daten der Nutzer*innen ausgiebig als „Kapitalstock“ für die Entwicklung
55 immer ausgereifterer Algorithmen und KI-Systeme verwendet und somit als Basis einer
56 enormen Wertschöpfung verwendet. Allerdings werden die Menschen nicht an diesen
57 Gewinnen beteiligt. Lösungsansätze umfassen dabei liberale Ansätze der Einführung von
58 Mikrotransaktionen an die Nutzer*innen (Lanier), sozialistische Modelle der Verstaatlichung des
59 Eigentums an den Daten (Morozov) oder Mittelwege wie die Errichtung von
60 „Datengewerkschaften“ oder „Verwertungsgesellschaften“/„Treuhandsysteme“. Eine gerechte
61 Gesellschaft muss letztlich einen der Wege wählen, um eine faire Verteilung der Gewinne
62 sicherzustellen!

63 Um die Menschen und ihr selbstverständliches Grundrecht auf informationelle
64 Selbstbestimmung zu schützen, darf der Datenschutz zugleich nie zur Disposition gestellt
65 werden. Gleichzeitig muss aber berücksichtigt werden, dass größere Konzerne besser mit
66 diesem umzugehen (oder diesem auszuweichen vermögen) als kleine Unternehmen oder
67 Organisationen.

68 Industriepolitisch ist die weitere Digitalisierung in Deutschland und Europa ohne sinnvolle
69 Alternative. Allerdings ist festzustellen, dass die dominanten AkteurInnen der Datenökonomie
70 vor allem aus den USA und China stammen, während Europa weitgehend keine Rolle spielt. Da
71 die Datenökonomie in ihrer gegenwärtigen Form zudem systemisch wenige dominierende
72 „datenmächtige“ Unternehmen bevorteilt, führt kein Weg daran vorbei, dass die EU hier ihr
73 eigenes System aufzieht. An einem konsequenten Beharren auf Interoperabilität (d.h.
74 gegenseitige Kompatibilität) von z.B. sozialen Netzwerken nach dem Vorbild von E-Mail-,
75 Telefon- oder SMS-Kommunikation zwischen unterschiedlichsten Diensten wird kein Weg
76 vorbeiführen. Die beste Möglichkeit wird dabei vermutlich die Errichtung eines öffentlich-
77 rechtlichen Systems sein, das schnittstellenoffen gegenüber den Diensten von Facebook,
78 WhatsApp, Telegram, Instagram, Xing, TikTok und Co ist. Hintergrund ist, dass die bisherigen
79 Vorgaben zu Interoperabilität und Datenportabilität offensichtlich nicht ausreichen. Darüber
80 hinaus ist die staatliche Aufsicht in Analogie zur Finanzmarktregulierung zu stärken.

81 Auch der Einsatz von KI-Systemen zur Steuerung von Arbeitnehmer*innen muss politisch
82 überwacht werden. Die Entstehung von Überwachungs- und Ausbeutungssystemen muss so
83 verhindert werden.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle

Antrag: D 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Digital begleitete Lehre – Für eine inklusive Hochschule

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Digitale Formate universitärer Lehrveranstaltungen bieten neue Teilhabechancen vor allem für
4 Student:innen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen.

5
6 Wir fordern:

- 7 1) Eine barrierefreie Digitalisierung im Hochschulbereich dauerhaft zu festigen und zu
8 stärken.
- 9 2) Eine digitale Begleitung von Vorlesungen sowie digitale Formate für Seminare und
10 Übungen durchzusetzen, um universitäre Lehre für Alle zu ermöglichen.
- 11 3) Dafür müssen Lehrende gezielt Unterstützung erhalten. In allen Fachbereichen sollen
12 dafür notwendige personelle und technische Kapazitäten und Ausbildung bereitgestellt
13 werden.
- 14 4) Barrierefreiheit muss dennoch auch an und in den Gebäuden bereitgestellt werden,
15 damit alle Studierenden die freie Wahl haben, ob sie digital oder in Präsenz an
16 Seminaren oder Vorlesungen teilnehmen wollen. Barrierearmut muss alle Bereiche der
17 Lehre betreffen.

18 Wir fordern die hessische Landesregierung und die Bundesregierung dazu auf, die nötigen
19 finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die Universitäten in die Lage versetzt werden, diese
20 Maßnahmen umzusetzen.

21
22
23 **Begründung:**

24 Universitäten sind Orte voller Barrieren. Alleine schon die bauliche Gestaltung vieler
25 universitärer Gebäude macht Student:innen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen
26 den Besuch von Vorlesungen und Seminaren unmöglich. So sind beispielsweise viele
27 Hochschulgebäude nur über Treppen zu erreichen und es fehlen Leitungssysteme für blinde
28 und sehbehinderte Studierende. Ebenso fehlt eine geeignete Ausstattung um schwerhörigen
29 Studierenden die Teilnahme zu erleichtern. Hinzu kommen Anwesenheitspflicht und fehlende
30 Flexibilität von Professor:innen, Dozent:innen und anderen Mitarbeiter:innen, welche ein
31 Studium für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung weiter erschwert.
32 Eine digitale Übertragung von Vorlesung stellt keinen Mehraufwand da. Den Studierenden steht
33 es frei, ob sie Zuhause digital oder vor Ort in Präsenz teilnehmen möchten. Student:innen mit
34 chronischen Erkrankungen oder Behinderungen wird dadurch ermöglicht, auch an schlechten
35 Tagen teilnehmen zu können. Außerdem entfällt der Weg zur Hochschule, wodurch Energie
36 und Zeit gespart werden kann.

37 Gleiches gilt für Seminare und Übungen. Wenn möglich, sollte eine digitale Übertragung
38 angeboten werden. Wenn die Studiums-Gestaltung dies nicht ermöglicht, könnte je
39 Studiengang ein Teil der Übungen, Seminare etc. digital angeboten werden. Entsprechende
40 Gestaltungsmöglichkeiten konnten und mussten in den vergangenen Semestern erprobt
41 werden und sollten für die Zukunft angepasst und verbessert werden.

42 Eine solche digitalisierte, inklusive Hochschule nutzt allen. So könnten digitale Formate dabei
43 helfen, Universitäten familienfreundlicher zu machen. Schwangere Studentinnen oder
44 Studierende mit kleinen Kindern würden ebenso von digitalen Angeboten profitieren wie die
45 Angestellten der Hochschulen in vergleichbaren Lebenssituationen.

46
47 Hierbei sollte allerdings stets die barrierefreie Gestaltung der digitalen Angebote im
48 Vordergrund stehen. So müssen beispielsweise genutzte Internetseiten sowie Portale
49 barrierefrei zugänglich und über Vorleseprogramme abrufbar sein. Videos sollten mit Untertiteln
50 versehen werden.

51
52 Auch in der Präsenzlehre können von einer Digitalisierung der Lehre Alle profitieren. So wäre
53 es beispielsweise möglich, Vorlesungsfolien und Skripte während der Vorlesung digital zur
54 Verfügung zu stellen. Dadurch können alle Teilnehmer:innen der Vorlesung auf ihrem Endgerät
55 folgen. Auch dies bietet neue Chancen für Student:innen mit chronischen Erkrankungen und
56 Behinderungen.

57
58
59 Weiterführende Informationen:

60 <https://dieneuenorm.de/kolumne/chancen-risiken-digitalisierung-behinderung/>

61 [https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-](https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc)

62 [zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc](https://www.vdk.de/bayern/pages/presse/vdk-zeitung/vdk-zeitung_archiv/74698/chancen_und_risiken_der_digitalisierung?dsc=essenc)

63 [https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-](https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-hochschulbildung)

64 [hochschulbildung](https://hochschulforumdigitalisierung.de/de/blog/inklusion-und-digitalisierung-der-hochschulbildung)

65 [https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-](https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-Inklusionsperspektive.pdf)

66 [Inklusionsperspektive.pdf](https://www.tu-chemnitz.de/tu/bfau/documents/corona/Barrierefreie_digitale_Lehre-Inklusionsperspektive.pdf)
67
68

69 angenommen

70 abgelehnt

71 überwiesen an
72

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle

Antrag: RI 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Genoss*innen effektiver vor rechten Einschüchterungsversuchen schützen.

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Jeden Tag engagieren sich mutige Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen gegen
4 rechten Hass und rechte Hetze. Wir verteidigen Grundwerte auf der Straße, im Netz, in
5 Vereinen und Initiativen und engagieren uns in Politik und Gesellschaft für Vielfalt und
6 Akzeptanz. Sich für Grundwerte einzusetzen und Gesicht und Haltung zu zeigen, wird aber
7 zunehmend gefährlicher. Dabei sind es immer noch zu wenige Menschen die sich gegen
8 rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Propaganda einsetzen. Ein Grund dafür
9 ist sicherlich auch die verständliche Angst vor Neonazis und die Hilflosigkeit bei erlebten
10 Gefahrensituationen. Genoss*innen geraten immer häufiger ins Visier der rechten Szene. Der
11 Diskurs im Netz entgleist und es kommt vermehrt zu rechten Shitstorms, Morddrohungen gegen
12 Aktivist*innen und deren Familien, Hass-Mails und Anfeindungen und Bedrohungssituationen.

13
14 Betroffene Genoss*innen haben in diesem Fall unsere Solidarität. Aber es braucht mehr als
15 das. Betroffene von rechter Gewalt sollten bei der SPD auch immer Ansprechpartner*innen auf
16 hauptamtlicher Ebene finden. Es braucht professionelle und juristische Beratung, Unterstützung
17 im Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen und eine Anlaufstelle, die praktische und
18 solidarische Hilfe leistet. Genoss*innen, die von rechten Einschüchterungsversuchen betroffen
19 sind, müssen wissen, dass sie bei der SPD konkrete Hilfe erhalten und mit ihrer Sorge nicht
20 allein sind. Eine Anlaufstelle, die praktische Hilfe leistet und/oder an unparteiliche
21 Hilfsorganisationen, Kanzleien und Beratungsstellen vermittelt, zeigt Anteilnahme und nimmt die
22 oft erlebte Hilflosigkeit der Betroffenen.

23
24
25
26
27 **Begründung:**

- 28
29
30
31 angenommen
32 abgelehnt
33 überwiesen an

34

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

Antrag: RI 3

Antragsteller: Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: Juso-Landeskonferenz; SPD-Landesparteitag

Betr.: Kommunalwahlen ab 16! Jugendbeteiligung steigern!

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Wir fordern die Änderung des Wahlrechts in Hessen, um zur nächsten Kommunalwahl das
4 Wahlrecht ab 16 umsetzen zu können. Langfristiges Ziel ist das Wahlrecht ab 16 auf Landes-
5 und Bundesebene.

6
7 **Begründung:**

8 Hessen ist eines der wenigen Bundesländer, welches keine Wahlen ab 16, mindestens auf
9 kommunaler Ebene, in ihrem Wahlrecht verankert haben. Die politischen Aktivitäten der
10 Menschen unter 18 Jahren sind exponentiell gestiegen. Hieraus resultiert eine Ungerechtigkeit,
11 so ist es doch möglich, bereits mit 16 eine Alkoholintoxikation zu erleiden, man darf bereits in
12 verschiedenen motorisierten Formen Teilnehmer des Straßenverkehrs sein und man darf mit 14
13 Jahren eines Verbrechens nicht nur beschuldigt, sondern auch verurteilt werden. Warum soll es
14 nicht möglich sein, mit 16 Jahren auch wählen zu dürfen? Sollten wir uns nicht Baden-
15 Württemberg, NRW, Thüringen, Niedersachsen und den 7 anderen Bundesländern mit einer
16 zukunftsweisenden Entscheidung anschließen? Oder möchten wir uns Bayern, Rheinland-Pfalz,
17 Saarland und Sachsen anschließen und uns einer Möglichkeit der politischen Partizipation der
18 Zukunft verwehren?

- 19
20
21
22
23 angenommen
24 abgelehnt
25 überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Zweite Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle**

<u>Antrag:</u>	I 1
<u>Antragsteller:</u>	Ausreichende Anzahl an Delegierten
<u>Adressat:</u>	Bezirksvorstand
<u>Betr.:</u>	Digitale Anmeldeformulare - der nächste Schritt zur modernen Büroarbeit

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der Bezirksvorstand wird beauftragt ein Konzept zur Implementierung digitaler
4 Anmeldeformulare in die Webseite der Jusos Hessen-Nord zu erarbeiten.

5

6

7 **Begründung:**

8 Die Pandemiesituation der letzten zwei Jahre hat sich als unfreiwilliger Beschleuniger der
9 Digitalisierung herauskristallisiert. Nicht nur sind viele Methoden einfacher und zugänglicher
10 geworden, wir erkennen auch an, dass wir uns im Jahr 2021 einem neuen Standard der
11 digitalen Arbeit gegenüberstehen. In der verwaltungstechnischen Praxis, Büroarbeit und
12 Organisationswesen sind digitale Lösungen der einfachere und klarere Weg.

13

14 Digitale Anmeldungen haben nicht nur den Vorteil weniger Papier zu verbrauchen, sie machen
15 es auch der Büroarbeit leichter den Überblick zu behalten, digitale Organisationsstrukturen
16 aufzubauen und nachhaltige digitale Skills zu entwickeln.

17

18 Außerdem sind digitale Anmeldungen inklusiv! Die Pandemiesituation hat gezeigt, dass wir
19 nicht davon ausgehen können, dass jede*r einen Zugang zu Druckern oder Scannern besitzt.
20 Das bei weitem verbreitetste digitale Kommunikationsmittel ist das Smartphone. Wir können es
21 nicht zulassen, dass auch nur eine Person von veralteten und unzugänglichen Anmeldepraxen
22 für Veranstaltungen der Jusos Hessen Nord abgeschreckt wird.

23

24 Ein Dokument herunterladen, auszudrucken, per Hand auszufüllen, einzuscannen,
25 abzuspeichern und anschließend als Email zu verschicken, kann nicht die Art sein, wie wir den
26 Zugang zu unseren Veranstaltungen gestalten.

27

28 Wenn ich mit meinem Smartphone ein Konto eröffnen, einen Flug buchen oder sogar einen
29 Termin beim Bürgeramt bekommen kann, dann sollte ich mich auch zur BeKo der Jusos
30 anmelden können.

31

32

33

34 angenommen

35 abgelehnt

36 überwiesen an

37

An den Bezirksvorstand überwiesene Anträge der Bezirkskonferenz

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2021 • Eschwege • Stadthalle

Antrag: RI 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Keine Steuervorteile für Feinde unserer Demokratie

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2
3 Die §§ 51 ff. Abgabenordnung sind ausdrücklich dahingehend zu ändern, dass nur solche
4 Körperschaften als gemeinnützig im Sinne des Steuerrechts anzuerkennen sind, die im
5 Rahmen ihrer satzungsgemäßen sowie tatsächlich praktizierten Tätigkeiten die Werteordnung
6 des Grundgesetzes achten und diese aktiv umsetzen. Für den bislang unbestimmten
7 Rechtsbegriff der „Förderung der Allgemeinheit“ in § 52 Abs. 1 S. 1 Abgabenordnung ist in
8 diesem Zusammenhang eine entsprechende Legaldefinition in die Abgabenordnung
9 einzufügen. Ziel muss dabei sein, rechtsextreme und rechtsnationale Vereinigungen,
10 insbesondere Burschenschaften, von der steuerlichen Begünstigung auszuschließen.

11
12
13
14 **Begründung:**

15 Die steuerrechtliche Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51 Abgabenordnung (AO) stellt ein
16 hohes steuerliches Privileg für Körperschaften dar. Es bietet Körperschaften im Sinne des § 51
17 Abs. 1 S. 2 AO wie zum Beispiel Vereinen diverse Vorteile gegenüber solchen, die dieses
18 Privileg nicht genießen. Entscheidende Besserstellungen sind hierbei insbesondere
19 Steuerbefreiungen und -ermäßigungen, namentlich die Befreiung von der Körperschaftssteuer
20 (§ 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG), der Gewerbesteuer (§ 3 Nr. 6 GewStG), der Erbschafts- und
21 Schenkungssteuer (§ 13 Abs. 1 Nr. 16 ErbStG) und der Grundsteuer (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 GrStG).
22 Zudem gelten Steuerermäßigungen bei der Umsatzsteuer (§ 12 Abs. 2 Nr. 8 UstG). Hinzu
23 kommt die Fähigkeit zur Ausstellung von Spendenquittungen sowie die Möglichkeit zur
24 Inanspruchnahme einer Vielzahl von Fördermöglichkeiten, die aufgrund ihrer Voraussetzungen
25 regelmäßig nur von gemeinnützigen Körperschaften in Anspruch genommen werden können.
26 Diese Privilegien der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit sind dabei gerade für viele Vereine
27 von essenzieller Bedeutung, da sie ohne diese Vorzüge wirtschaftlich nicht lebensfähig wären.

28
29 Um als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung anerkannt zu werden muss die
30 Körperschaft im Sinne der §§ 52-54 AO unmittelbar gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche
31 Zwecke verfolgen. Aufgrund der thematischen Relevanz des hiesigen Antrags soll es in der
32 weiteren Begründung hauptsächlich um die allgemeinen Voraussetzungen für die Anerkennung
33 der unmittelbaren Gemeinnützigkeit im Sinne des § 52 Abs. 1 AO gehen. Die Substanz der §§
34 53,54 AO wird lediglich indirekt berührt, weswegen diese Vorschriften bei vorliegender
35 Begründung als nachrangig betrachtet werden. Ebenso ist der Katalog der konkreten
36 Förderzwecke aus § 52 Abs. 2 AO nicht Gegenstand vorliegender Betrachtung.

37
38 Im Rahmen der Feststellung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeit gemäß § 52 AO ist die
39 Förderung der Allgemeinheit ein notwendiges Tatbestandsmerkmal. Die Förderung der

40 Allgemeinheit ist dabei zum derzeitigen Stand¹ ein unbestimmter, ausfüllbedürftiger
41 Wertebegriff². Dieser ist wesentlich geprägt durch die objektive Werteordnung, wie sie
42 insbesondere im Grundrechtskatalog Art. 1 bis Art. 19 des Grundgesetzes (GG) zum Ausdruck
43 kommt. Eine Tätigkeit, die mit diesen Wertevorstellungen nicht vereinbar ist, ist keine Förderung
44 der Allgemeinheit³. Mithin kann eine Körperschaft, deren Tätigkeit sich nicht mit dieser
45 Werteordnung vereinbaren lässt, nicht als steuerrechtlich Gemeinnützig anerkannt werden.

46
47 Wegweisend ist hier ein Urteil des Bundesfinanzhofs⁴ zu erwähnen, bei dem die
48 Gemeinnützigkeit für eine Körperschaft verwehrt wurde, die Frauen ohne sachlich zwingenden
49 Grund ausgeschlossen hatte. Ein Verein, der entgegen Art. 3 Abs. 3 GG die wesensmäßige
50 Gleichheit aller Menschen in Abrede stelle, sei daher mangels Förderung der Allgemeinheit
51 nicht als gemeinnützig einzustufen, so der BFH. Mithin hat die Rechtsprechung hier bereits
52 deutlich dargestellt, dass der Begriff der Förderung der Allgemeinheit im Sinne des § 52 Abs. 1
53 S. 1 AO die proaktive Umsetzung der Werteordnung des Grundgesetzes im Rahmen der
54 Tätigkeit und Ausgestaltung der Körperschaft bedingt.

55
56 Die Tatsache, dass Burschenschaften regelmäßig Frauen als Mitglieder kategorisch und ohne
57 sachlich-zwingenden Grund ablehnen ist mit eben jener Werteordnung nicht vereinbar. Diesen
58 Umstand mit dem bloßen Verweis auf traditionell gelebte Verhältnisse zu rechtfertigen ist schon
59 deshalb nicht vertretbar, da er sich jeglichen gesellschaftlichen Entwicklungen von Grund auf
60 verschließt und damit heute weder zeitgemäß noch im Sinne einer freiheitlich-demokratischen
61 Gesellschaft ist.

62
63 Die Initialzündung für den vorliegenden Antrag war das verstärkte Auftreten und Agieren von
64 rechtsextremen Verbindungen und rechtsnationalen Burschenschaften sowie
65 Vernetzungstreffen von eben jenen Gruppen in Marburg. Deren Struktur sowie tatsächliche
66 Betätigung lässt sich regelmäßig nicht mit der Werteordnung des Grundgesetzes vereinbaren.
67 Die Teils diskriminierenden, antiliberalen und rassistischen Ansichten stehen unserer
68 Werteordnung konträr gegenüber.

69
70 Gerade bei einem Teil der in Marburg ortsansässigen Verbindungen und Burschenschaften,
71 namentlich Germania, Rheinfranken und Normannia-Leipzig sind offen rechtsnationale und
72 rechtsextreme Agitationen und Verhaltensweisen häufig anzutreffen. Zudem bestehen
73 zahlreiche Verbindungen zu Vereinigungen wie der Identitären Bewegung.

74
75 Aus diesem Grund ist an hiesiger Stelle nochmals zu prononcieren, dass die Aufnahme einer
76 Legaldefinition zum Begriff der Förderung der Allgemeinheit in § 52 Abs. 1 S. 1 AO, welche die
77 Achtung, Wahrung und Verwirklichung der Werteordnung des Grundgesetzes sowohl in der
78 formellen Struktur der Körperschaft als auch in der tatsächlichen Ausgestaltung ihrer Tätigkeiten
79 tatbestandsmäßig verlangt, gesetzgeberisch zwingend notwendig ist.

80
81 Diese Legaldefinition soll sodann die Vorschrift des § 51 Abs. 3 AO dahingehend ergänzen,
82 erweitern und seine Teleologie stärken, sodass künftig die Werteordnung des Grundgesetzes
83 und die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne der §§ 51 Abs. 3 AO, 4 BVerfSchG
84 durch die Körperschaft rechtlich und tatsächlich aktiv zu praktizieren und aus sich selbst heraus
85 zu sicherzustellen sind. Im Umkehrschluss können Körperschaften, die dieser Werteordnung
86 zuwiderlaufen, somit qua Gesetzes nicht als steuerrechtlich gemeinnützig anerkannt werden.

87
88 Gleichzeitig soll somit den für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit gemäß § 52 AO

¹ Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 28 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) geändert worden ist"

² Seer in Tipke/Kruse, AO/FGO, 163. Lieferung 10.2020, zu § 52 AO Rzn 3-6

³ BFH, Urteil vom 11. April 2012 – I R 11/11 -, Rz. 16

⁴ BFH, Urteil vom 17. Mai 2017 – V R 52/15 -, insb. Rzn. 20 ff.

89 zuständigen Finanzbehörden eine durch gesetzliche Normierung rechtssichere Grundlage
90 geschaffen werden, Körperschaften, bei denen der Verdacht besteht, dass diese nicht in
91 Einklang mit der Werteordnung des Grundgesetzes stehen, die Anerkennung der
92 Gemeinnützigkeit zu verweigern.

93
94 Die Kontrolle obliegt dabei den für die Entscheidung über die Steuerbegünstigung zuständigen
95 Landesfinanzbehörden. Ob eine Körperschaft steuerbegünstigt ist, entscheidet das Finanzamt
96 im Veranlagungsverfahren für die jeweilige Steuer und den jeweiligen Steuerabschnitt durch
97 Steuerbescheid. Dabei hat es von Amts wegen die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse
98 zu ermitteln, die für die Steuerpflicht und die für die Bemessung der Steuer wesentlich sind⁵.
99 Mithin sind bei entsprechender Umsetzung sodann bereits beim Stellen eines Antrags auf
100 Anerkennung der Gemeinnützigkeit die innerhalb der Körperschaft rechtlich und tatsächlich
101 herrschenden Gegebenheiten auf ihre Vereinbarkeit mit der Werteordnung des Grundgesetzes
102 zu prüfen. Entsprechendes gilt bei späteren Steueraufsichtsmaßnahmen.

103
104 Nur so kann effektiv sichergestellt werden, dass Körperschaften mit Tendenzen, die unserer
105 Gesellschafts- und Werteordnung zuwiderlaufen, keine staatliche Besserstellung erfahren.
106 Exemplarisch dafür sind die oben angeführten Vereinigungen, deren Vorgehen und Praktiken
107 häufig nicht im Einklang mit einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft stehen. Dafür darf es
108 keine Steuervorteile geben.

109
110
111

- 112 angenommen
- 113 abgelehnt
- 114 überwiesen an
- 115

⁵ Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, Sachstand, WD 4 - 3000 – 089/16